

3. Frankreich und die Weimarer Republik

STEPHEN A. SCHUKER

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland während der Weimarer Zeit begannen in Feindschaft und endeten mit der Aussicht auf weitere Feindseligkeiten. Gab es einen Weg, auf dem diese zwei Nationen ihre Zwistigkeiten hätten beilegen und den beiderseitigen Interessenausgleich erreichen können, der das wirtschaftliche und soziale Gefüge Westeuropas seit 1950 umgewandelt hat? Damals wie heute ergänzten sich französische und deutsche Wirtschaft eher, als daß sie miteinander konkurrierten, doch fehlten die politischen Grundlagen für ein wirkliches Sich-Verstehen. Frankreich versuchte, den status quo aufrechtzuerhalten, den der Versailler Vertrag geschaffen hatte. Deutschland wollte die Ordnung Europas, wie sie 1919 errichtet worden war, revidieren. Die Ereignisse sollten zeigen, daß es keinen dauerhaften Kompromiß gab, der gleichzeitig dem französischen Verlangen nach Sicherheit genügen und die Ansprüche des deutschen Volkes befriedigen konnte, die sich auf eine Rückkehr in die dominante Stellung der Vorkriegsjahre richteten.

Während der Zwischenkriegszeit bildete sich allgemein der Eindruck heraus, Frankreich und Deutschland seien Erbfeinde. Tatsächlich aber hatten die deutschen Befürworter des Flottenbaus vor dem Krieg England als den Hauptrivalen angesehen, während preußische Militärs und Sozialdemokraten übereinstimmend das zaristische Rußland als größtes Hindernis ihrer ehrgeizigen Pläne ansahen.¹ In Frankreich ließ man die Statuen auf der Place de la Concorde, die Metz und Straßburg darstellten, weiterhin in symbolisches Schwarz gehüllt stehen; doch als das zwanzigste Jahrhundert anbrach, hielten die Franzosen der jüngeren Generation andere Probleme für wichtiger als die Rückgewinnung der verlorenen Provinzen. Die französischen Geschäftsleute kamen mit ihren deutschen Partnern, mit denen sie im Ausland oft zusammenarbeiteten, gut zurecht. Das Wiederaufleben des französischen Nationalismus in den letzten Vorkriegsjahren rührte von der Furcht vor deutschen Militärzielen her – und von Vertrautheit mit den Umrissen des Schlieffen-Plans. Als die Ermordung des österreichischen Erzherzogs in Sarajewo die Juli-Krise von 1914 entfesselte, kam die französische Regierung Rußland nicht etwa deshalb zu Hilfe, weil sie sich vorrangig um die Folgen auf dem Balkan gesorgt hätte. Vielmehr ging sie das Kriegsrisiko aufgrund der Befürchtung ein, in einer zukünftigen Auseinandersetzung mit dem Reich ohne Bundesgenossen dazustehen.²

Trotzdem, fast unmittelbar nach Kriegsbeginn stellte der Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg einen Katalog von Kriegszielen auf, der weitgehende Forderungen an Frankreich enthielt. Dieses September-Programm legte die deutschen Kriegsziele dar, wie sie mit geringfügigen Änderungen bis zum Zusammenbruch im Jahre 1918 bestehen bleiben sollten. Das Endziel hieß, das Reich auf erdenkliche Zeit nach West und Ost abzusichern, und dazu mußte Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht

nicht neu erstehen konnte. Deutschland hatte insbesondere vor, Belfort und die Westabhänge der Vogesen, das Erzbecken von Briey und einen Küstenstrich von Dünkirchen bis Boulogne zu annektieren; eine Kriegsentschädigung zu erheben, die eine französische Wiederaufrüstung auf zwanzig Jahre verhindern würde; das französische Kolonialreich zu konfiszieren; und Frankreich einen Handelsvertrag aufzuzwingen, der es von Deutschland abhängig machen würde.³

Trotz der weitreichenden Forderungen mancher Pariser Publizisten entwickelte die französische Regierung keine so umfassenden Pläne bezüglich Deutschlands. Als der Krieg allerdings erst einmal begonnen hatte, gaben sich fast alle Franzosen dem Glauben hin, daß nur der Wiedererwerb von Elsaß-Lothringen dem Blutbad einen Sinn geben könne. Die Schwerindustrie arbeitete im Stillen auf die Annexion der Saar hin. Viele führende Köpfe Frankreichs wollten außerdem auch das Rheinland von Deutschland abtrennen, doch war ihnen klar, daß dies vom Vordringen der alliierten Heere, also vom Einverständnis der Verbündeten, abhängen würde. Anfang 1917 hatte Aristide Briand als Premierminister noch Verhandlungen mit der zaristischen Regierung im Hinblick auf eine Abspaltung des Rheinlands vom Reich gebilligt – einige Monate später schien er in Geheimgesprächen mit den Deutschen willens zu sein, sich in etwa mit dem status quo ante zufriedenzugeben. Ein Kompromißfriede erwies sich vor allem deshalb als unmöglich, weil die deutsche Regierung, namentlich die Oberste Heeresleitung, nicht hinter ihre Ziele von 1914 zurückgehen wollte. So schleppte sich der Krieg bis zum bitteren Ende hin.⁴

Letzten Endes gab das amerikanische Eingreifen den Ausschlag. Sonst hätten die deutschen Streitkräfte Frankreich im Frühjahr und Sommer 1918 niedergeworfen. Dank der Verstärkung der Westfront durch frische amerikanische Truppen wurde das deutsche Heer im Felde besiegt. General Ludendorff sollte später die Behauptung aufstellen, Zivilisten hätten einen Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres geführt; tatsächlich aber hatte die Oberste Heeresleitung eine „Revolution von oben“ befohlen, um auf der Grundlage der Wilson'schen 14 Punkte um Frieden zu bitten. Dadurch befand sich Frankreich im Kreise der Sieger. Indes, das Gleichgewicht der Kräfte, das sich auf dem europäischen Kontinent bildete, blieb überaus künstlich.⁵

Trotz der militärischen Niederlage ging Deutschland aus dem Krieg, was das Menschen- und Wirtschaftspotential betrifft, mit geringeren Schäden hervor als irgendein anderer der größeren europäischen Kriegsteilnehmer. Es sollte sich herausstellen, daß sich Deutschland ungeachtet des Wandels seiner Regierungsform nicht von der Verfolgung vieler seiner Vorkriegsziele abschrecken ließ. Frankreich hingegen war aufs Äußerste erschöpft und litt unter der Angst vor einer neuerlichen deutschen Invasion. Die zehn Départements im nördlichen und östlichen Teil des Landes, die als Hauptschlachtfeld gedient hatten, waren verwüstet. Der nationalen Industrie war die Basis weitgehend entzogen worden: Ergebnis der gezielten Zerstörungen durch das zurückweichende Reichsheer, das nicht nur den alliierten Heeren die Hilfsmittel zu entziehen versuchte, sondern auch der deutschen Nachkriegsindustrie einen Vorteil verschaffen wollte. Die Ausgaben von vier Kriegsjahren hatten die finanzielle Infrastruktur Frankreichs untergraben. Das Schwerwiegendste: fast 20% der französischen Männer im wehrfähigen Alter

waren tot oder schwer verwundet. Nach demographischen Vorausberechnungen würde Frankreich bei der damaligen Altersverteilung seiner Bevölkerung 66 Jahre benötigen, um diese Kriegsausfälle durch neue Geburten auszugleichen. Deutschland hingegen könnte seine eigenen Verluste binnen 12 Jahren ersetzen. Frankreich hatte nach der Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen eine Gesamtbevölkerung von nur 38,7 Millionen, während Deutschland trotz der Gebietsverlust, die ihm der Frieden auferlegte, eine Bevölkerung von 62,4 Millionen behielt.⁶ Diese andauernde Ungleichheit an Material und Menschen mußte in der Nachkriegszeit das Verhältnis zwischen beiden Nationen schwer belasten.

Unter diesen Bedingungen bedurfte Frankreich der Unterstützung sowohl Großbritanniens als auch der Vereinigten Staaten, wollte es dem militärischen Sieg jene Ordnung Europas abringen, die ein unveränderlich expansionistisches Deutschland bändigen sollte. Premierminister Georges Clemenceau verzweifelte an der Zukunft seines Landes – in seinen Augen hatte der Krieg Frankreich als schwach organisierte und schlecht verwaltete Nation enthüllt. Seiner Ansicht nach lag die einzige Rettung in der Fortführung der Kriegsalianz.⁷ Aber David Lloyd George war persönlich nicht vertrauenswürdig. Und der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, hielt nichts davon, internationale Beziehungen mittels des Gleichgewichts der Kräfte zu regeln. Das gehörte zur „old diplomacy“, die er auf alle Fälle abschaffen wollte. Von der Politik Europas und den tieferen Ursachen des Krieges wußte Wilson erstaunlich wenig. Er hatte die Vereinigten Staaten in erster Linie wegen der deutschen U-Boot-Kriegführung und um die Rechte der Neutralen zu wahren, in die Auseinandersetzung eingreifen lassen. Selbst als Amerika eine kriegführende Macht geworden war, war sein Ziel noch immer die Sicherung eines „peace without victory“. Den Forderungen in der amerikanischen Öffentlichkeit nach bedingungsloser Kapitulation des Reiches gegenüber stellte Wilson sich taub, und während der Waffenstillstandsverhandlungen versuchte er, die Alliierten wie auch Deutschland auf das Friedensprogramm zu verpflichten, das seine 14 Punkte verkörperte. Der Präsident fühlte indes wenig Sympathie für Deutschland, und die deutsche Öffentlichkeit sollte bitter enttäuscht werden, als sie erfuhr, was die 14 Punkte wirklich bedeuteten.

Nichtsdestoweniger kam er im Dezember 1918 in der festen Absicht nach Paris, für einen Frieden von abstrakter Gerechtigkeit zu kämpfen. Die Krönung sollte ein Völkerbund sein, von dem er nur eine verschwommene Vorstellung besaß. Wilsons Ziele brachten ihn unweigerlich mit allen wichtigen Verbündeten in Konflikt.⁸ Außer Zweifel steht, daß seine Verärgerung über die Franzosen, die bei der Kriegsfinanzierung bis an die Grenze zur Hinterhältigkeit gegangen waren und darüber hinaus amerikanische Soldaten für die Benutzung von Übungsgräben hinter der Front zahlen ließen, in ihm die Entschlossenheit bestärkte, allen französischen Plänen für einen Straffrieden entgegenzutreten.⁹

Auf der Friedenskonferenz, zu der keine deutschen Vertreter geladen wurden, suchte Frankreich territoriale wie finanzielle Garantien gegen einen Wiederaufstieg des Reichs. Als erstes brachte Clemenceau Marschall Fochs Plan vor, das Rheinland in eine Anzahl unabhängiger Pufferstaaten unter permanenter alliierter Besatzung aufzulösen. Später ließ er Bereitschaft durchblicken, für das Rheinland eine weniger drastische Lösung

auszuarbeiten, bestand aber auf der Annexion des Saargebiets – oder zumindest jenes Teiles, den Frankreich 1814 besessen hatte. Colonel House, Bevollmächtigter des Präsidenten und Bewunderer Clemenceaus, erklärte sich bereit, einen Kompromiß in Betracht zu ziehen. Lloyd George hingegen sträubte sich gegen die Schaffung von „new Alsace-Lorraines“, und auch der Präsident widersetzte sich energisch einer derartigen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts. Auf die Idee, die Rheinländer selbst zu fragen, kam merkwürdigerweise niemand. Briten und Amerikaner befürchteten einen deutschen Bolschewismus. Sie begrüßten den sozialdemokratischen Sieg über die Spartakisten und die für die demokratischen Kräfte erfolgreichen Wahlen zur Nationalversammlung vom Januar 1919; und sie beklagten alles, was die noch unsichere Regierung von Weimar zu schwächen drohte. Geheimdienstoffiziere der französischen Armee beschäftigten sich weiterhin damit, extremistische Separatistengruppen im Rheinland zu ermuntern, hatten aber merkwürdig wenig Verbindung zu den einflußreicheren Führern der Zentrumspar- tei, wie dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer und dem Handelskammer- präsident Louis Hagen, die einen rheinisch-westfälischen Staat innerhalb eines föderati- ven Reichs anstrebten.

Clemenceau mußte sich schließlich mit einer fünfzehnjährigen Besetzung des Rhein- landes begnügen, die in drei Stufen verlaufen und just dann enden sollte, wenn das Reich seine Fähigkeit, Krieg zu führen, wiedererlangte. Die Kohlengruben der Saar wurden Frankreich als Abschlag auf die Reparationen angewiesen, das Gebiet selber aber bis zu einer Volksabstimmung nach 15 Jahren der Verwaltung durch den Völkerbund unter- stellt. Außerdem wurde Deutschland entwaffnet und auf ein Berufsheer von 100 000 Mann beschränkt, obwohl Militärexperten im Stillen bezweifelten, daß man eine Industrienation wie Deutschland auf die Dauer entwaffnen konnte, ohne ihr Gebiet andauernd zu besetzen. Seine Zuversicht setzte Clemenceau letzten Endes auf eine anglo-amerikanische Garantie, Frankreich im Fall eines Angriffs zu Hilfe zu kommen. Diese Verpflichtung ging jedoch Lloyd George nur mit zynischen Vorbehalten ein, und auch Wilson nahm sie nicht ernst. Schließlich verwarf der amerikanische Senat den Garantiepakt. Damit wurde Frankreich in eine strategisch gefährdete Lage versetzt. Die französischen Militärs waren bestürzt über die Zugeständnisse, die Clemenceau gemacht hatte, und zettelten im Juni 1919 in Wiesbaden einen amateurhaften Separatistenputsch an. General Mangin und seine Gesinnungsgenossen in Mainz hatten offensichtlich die ökonomischen Aspekte des Problems nicht gründlich durchdacht. Wie sollten dem Rheinland, wenn dieses erst einmal von Deutschland abgeschnitten war, ausreichende Märkte geboten werden, um seinen Wohlstand zu wahren – wenn Frankreich protekti- onistisch blieb und wenn die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Lösung fehlte! Auf jeden Fall war es längst zu spät. Durch den Versailler Vertrag verlor das Reich den polnischen Korridor, Teile von Schleswig und Schlesien und einige kleinere Gebiete an der belgischen, litauischen und tschechischen Grenze. Das Prinzip der deutschen Einheit blieb jedoch unverletzt.¹⁰

Da die Ergebnisse des Friedensvertrags im Punkte militärischer Sicherheit nicht ausschlaggebend waren, gewannen die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen der Nachkriegszeit zusätzliche Bedeutung. Im Herbst 1918 schlug das französische

Handelsministerium zur Lösung der finanziellen Schwierigkeiten des Landes vor, die Vereinigten Staaten um massive Kredite zu bitten (die nach ihren Vorstellungen später erlassen werden sollten); das Ministerium regte weiterhin an, die alliierten Nationen sollten mit ihren Rohstoffen einen „Pool“ bilden, Deutschland hingegen diese Güter verweigern. Daß derartige Projekte Hirngespinnste waren, trat während der Friedenskon- ferenz klar zutage. Finanzminister L.-L. Klotz machte sich daraufhin den populären Slogan zueigen, „que l'Allemagne paie d'abord.“¹¹

Was würde dies in der Praxis bedeuten? Nach Wochen ermüdender Auseinderset- zungen gelang es den Unterhändlern auf der Friedenskonferenz nicht, sich auf einen Betrag für die deutschen Reparationen zu einigen. Die Schuld lag zum großen Teil bei den Briten. Um den prozentualen Anteil der Domänen zu erhöhen, bestanden sie darauf, die deutschen Verbindlichkeiten auch auf Pensionen für Kriegsbeschädigte auszudehnen. Außerdem schätzten einige britische Experten die deutsche Zahlungsfä- higkeit auf 480 Milliarden Goldmark – eine astronomische Summe, deren Verzinsung allein mehr als die Hälfte des deutschen Nationaleinkommens aufbrauchen würde. Von amerikanischen Experten kam die nüchterne Warnung, daß Deutschland ohne Betriebs- kapital nicht zahlen könne, und sie empfahlen eine Höchstsumme von 60 Milliarden Mark in harter Währung und noch einmal soviel in Papiermark. Die Franzosen redeten unschlüssig hin und her – Klotz machte sich für eine hohe Zahl stark und Louis Loucheur, Clemenceaus Berater, ließ insgeheim sein Einverständnis mit den Amerika- nern durchblicken. Deutsche Vertreter boten, nach dem augenblicklichen Geldwert, bloße 30 Milliarden an, die so aufgemacht waren, daß sie wie 100 Milliarden erscheinen sollten. Schließlich stipulierte der Friedensvertrag, eine Reparationskommission solle eine objektive Abschätzung der erlittenen Schäden vornehmen und bis zum Mai 1921 einen Bericht vorlegen. In der Zwischenzeit sollte Deutschland einen Abschlag von 20 Milliarden zahlen. Angesichts der Meinungsverschiedenheiten unter den Experten und der hochgespannten Erwartungen der Öffentlichkeit schien dies damals eine vernünftige Entscheidung. Das Ergebnis jedoch war, die allgemeine Ungewißheit zu verlängern und unter den Deutschen den Verdacht zu nähren, daß die Franzosen sie auf unbestimmte Zeit weißbluten lassen wollten – um sowohl das Land am Boden zu halten als auch das Maximum an Reparationserträgen zu bekommen.¹²

Und in der Tat, ganz Deutschland empörte sich über die Friedensbedingungen. Die meisten Leute gaben den Franzosen die Hauptschuld. Reichskanzler Scheidemann, der aus Protest zurücktrat, rief aus: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt!“ General Groener wies allerdings darauf hin, daß Widerstand unmöglich war. Ein neues Kabinett war schließlich bereit zu unterzeichnen. Doch ebenso, wie praktisch alle Deutschen an der moralischen Verurteilung durch die alliierten Nationen hinsichtlich der Kriegsschuld Anstoß nahmen, wiesen sie auch die Vorstellung von sich, der Versailler Vertrag sei unabänderlich. Er war „nur Papier“, wie ein Kabarettichter der Zeit es ausdrückte.¹³ In einem Wort, die Abmachungen von Versail- les bereiteten nur den Schauplatz für die Fortsetzung des deutsch-französischen Kon- flikts vor.

Während der ersten fünf Friedensjahre drehte sich die europäische Diplomatie um das

Thema der Reparationen. Die Kosten des brutalsten aller Kriege der Geschichte waren nicht mehr rückgängig zu machen. Irgendjemand würde zahlen müssen. Auf der Friedenskonferenz hatten europäische Staatsmänner gehofft, die Vereinigten Staaten für die Unterstützung von Siegern wie Besiegten zu gewinnen – durch Streichung von Kriegsschulden und den Ankauf von Reparationsverschreibungen auf dem offenen Geldmarkt. Doch die amerikanischen Regierungsvertreter lehnten es ab, auf diese Pläne einzugehen. Sie dachten daran, daß ihre Wähler bereits 40 Milliarden Dollar für den Krieg in Europa ausgegeben hatten. Die Frage war nunmehr, ob die deutschen Steuerzahler, Wertpapierbesitzer, Sparer und Verbraucher die Hauptlast des Wiederaufbaus auf sich nehmen würden, oder ob ihre Leidensgenossen in Frankreich und den anderen verbündeten Ländern die Rechnung würden begleichen müssen.¹⁴

Reparationen, das hieß Transfer von Geldmitteln, Bodenschätzen und Waren, die in den ersten Nachkriegsjahren besonders wichtig waren. In einer Zeit des gestörten Welthandels würde das Land, das Kohle, Koks und Kapital zu günstigen Preisen besaß, einen Vorsprung bei der Wiederbelebung der Binnenwirtschaft gewinnen, auf Exportmärkten konkurrenzfähiger sein und künftig den Einfluß erwerben, der aus der Entwicklung handelspolitischer Abhängigkeiten entsteht. Sollte die Lage sich erst einmal wieder stabilisiert haben, würden solche Startvorteile sich mit ziemlicher Sicherheit als dauerhaft erweisen. Einige Historiker haben behauptet, einen Plan erkennen zu können, den offizielle Kreise Frankreichs ausgeklügelt hätten, um Deutschland als die treibende Wirtschaftskraft Europas durch ihr eigenes Land zu ersetzen.¹⁵ Tatsächlich aber war die französische Regierung hinsichtlich wirtschaftlicher Angelegenheiten viel zu schlecht organisiert, um umfassende Planungen vorzunehmen. Die politische Führungsschicht konzentrierte sich primär auf kurzfristige finanzielle Bedürfnisse. Dabei liegt das Problem, dem sie sich eingehend hätte widmen müssen, auf der Hand. In den 30 Jahren vor dem Krieg hatte Deutschland die übrigen Staaten Europas in puncto industrieller Kapazität schnell hinter sich gelassen und seine Stahlproduktion – d. h. den Schlüssel zu militärischer Macht – mehr als vervierfacht.¹⁶ Frankreich hatte sich jetzt die Minette-Erz Lothringens und Kohle von der Saar gesichert, hatte a conto der Reparationen Ansprüche auf Kapital- und Energiequellen erworben. Würde es jetzt einen der deutschen Entwicklung vergleichbaren Sprung nach vorne tun können? Könnte es die industrielle Infrastruktur entwickeln, die es ihm ermöglichen würde, jene diplomatische Position auf Dauer zu halten, die ihm der Wortlaut des Vertrages für den Augenblick sicherte? Die deutschen Führungskreise waren fest entschlossen, das zu verhindern.

In den frühen 20er Jahren gewannen die Reparationen ein symbolisches Gewicht, das die Bedeutung der ökonomischen und finanziellen Probleme, die zur Debatte standen, noch vertiefte. Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln – zu nichts Geringerem entwickelte sich dies. Mochte das Streitobjekt noch so gering erscheinen – Lieferung von zu wenig Telegrafmasten oder Verladung von Kohle ohne Qualitätskontrolle –, die Auseinandersetzung wurde zu einer Kraftprobe. Denn wenn es der deutschen Regierung gelang, die Reparationsklauseln des Versailler Vertrages zunichte zu machen, konnte sie anschließend darangehen, die territorialen Bestimmungen und andere Stützen der Ordnung Europas zu revidieren.

In der deutschen Presse war es damals Mode, die Zahlungen als unvernünftig hoch angesetzt hinzustellen. Der *Simplicissimus* zeichnete den Premierminister Raymond Poincaré, wie er deutsche Babies zum Frühstück aß. Indes überstiegen die konkreten Forderungen der Reparationskommission die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht. Die deutschen Verbindlichkeiten setzte der Supreme Allied Council im Mai 1921 mit 132 Milliarden Goldmark an, aber dieser Betrag hatte nur theoretische Bedeutung. Der sogenannte „London Schedule of Payments“ verlangte von Deutschland nur Tilgung und Verzinsung von 50 Milliarden Mark – etwa 7% des damaligen Volkseinkommens. Für eine Nation, die entschlossen war, den Inlandsverbrauch genügend zu beschränken, um die Abgaben aufzubringen, stellte dieser Betrag keine unerträgliche Belastung dar.

In seltener Einmütigkeit jedoch glaubten die Deutschen, daß sie am Ausbruch des Krieges nicht schuld seien und daß sie weder zahlen mußten noch sollten. Von der Friedenskonferenz an arbeiteten französische Regierungsleute wie Jacques Seydoux vom Außenministerium eine Folge von Plänen für den Transfer von Sachreparationen aus. Diese wollte man mit beiderseitig vorteilhaften Abmachungen koppeln, die die Stahl-, Kohle-, Kali-, Chemie- und andere Schlüsselindustrien der beiden Länder verschränken sollten.¹⁷ Die deutsche Regierung vereitelte diese Vorschläge jedoch beständig. Selbst das Kabinett von 1921/22 unter Wirth und Rathenau, das die Erfüllungspolitik theoretisch akzeptierte, verhandelte in der Praxis auf dilatorische Weise, um die Wiesbadener Vereinbarungen über Sachlieferungen zu untergraben.¹⁸ Die Magnaten im Ruhrgebiet gaben ihrer Zuversicht Ausdruck, daß Deutschland sich, wengleich im Augenblick politisch unterlegen, auf lange Sicht als wirtschaftlich stärker erweisen würde. „Alle französischen Versuche zurückweisen“, forderte der Stahlbaron Peter Klöckner. „Wir brauchen jetzt keine Minette. Laßt sie darin ersticken.“¹⁹

Die Mark hatte aus offensichtlichen finanziellen Gründen während und nach dem Krieg an Wert verloren, aber sobald der Zahlungsplan in Kraft trat, beschleunigten die Reichsbank und das Finanzministerium aus außenpolitischen Gründen ihren weiteren Fall. Persönlichkeiten aus Politik und Geschäftswelt bekannten sich öffentlich zu der Theorie, daß eine Besserung der Reichsfinanzen so lange unmöglich sei, als die Handelsbilanz passiv bleibe und die Reparationen die Zahlungsbilanz ungünstig beeinflussten. In der Tat verstanden die meisten Führungskräfte in den öffentlichen und privaten Bereichen die Ursachen und Folgen der Inflation sehr gut. Die Industrie förderte die Inflation, um sowohl die Exporte zu begünstigen als auch die Gewinne der Gewerkschaften aus der Revolution von 1918 auszuhöhlen. Die Regierung wagte nicht, den Steuerspielraum voll auszuschöpfen, weil das ihre Fähigkeit, Reparationen zu zahlen, hätte beweisen können. Die ausländischen Spekulanten schließlich, die bis zum Sommer 1922 nicht aufhörten, Papiermark für harte Währung zu kaufen, stellten dem Reich Mittel zur Verfügung, die dem ökonomischen Äquivalent eines Netto-Transfers von Reparationen nach Deutschland entsprachen! Den französischen Experten entgingen diese Tatsachen nicht, und ab Oktober 1921 erklärten sie immer wieder, daß Deutschland betrügerischen Bankrott betreibe, um sich vor fälligen Zahlungen zu schützen.²⁰

Das ganze Jahr 1922 hindurch schickte die Reparationskommission ständig schärfere Mahnungen nach Berlin, doch ohne Erfolg. Im Herbst verlangte Poincaré die Beschlagnahme

nahme von Staatsgruben und Forsten im Rheinland als „produktive Pfänder“ für Zahlungen. Andernfalls, so warnte er, würde eine Abordnung von Ingenieuren unter Militärschutz das Ruhrgebiet besetzen müssen. Ungeachtet seines Rufs als unbeugsamer anti-deutscher Chauvinist suchte Poincaré ebenso sehr nach Verständigung wie sein Vorgänger Briand. Doch unterdessen sah sich auch Frankreich überwältigenden finanziellen Schwierigkeiten gegenüber. Die Bevölkerung hatte auf einer Defizit-Finanzierung bestanden, um die verwüsteten Gebiete schnell wiederaufzubauen; zugleich jedoch forderte sie eine restriktive Geldpolitik, um den Wert des Franc zu erhalten. Die Regierung hatte diese scheinbar widersprüchlichen Richtungen miteinander in Einklang gebracht, indem sie kurzfristige Obligationen zu negativem Realzinssatz ausgab; der durchschnittliche Franzose kaufte die Obligationen in der Erwartung, daß die Reparationen die finanziellen Schwierigkeiten bald aufheben würden. Als Deutschland um ein Moratorium nach dem anderen ersuchte, wurde dieses Vertrauen tief erschüttert, und es drohten Panikverkäufe.

In der Hoffnung, die britische Einwilligung zu bekommen, befahl Poincaré, eine Besetzung des Ruhrgebiets in beschränktem Ausmaß vorzubereiten. Er wollte hauptsächlich die Starrheit der deutschen industriellen Führung brechen und Frankreich aus seiner Geldklemme helfen. Obwohl er 1919 ein entschiedener Vorkämpfer der Abtrennung des Rheinlandes gewesen war, sah er die Ruhrbesetzung jetzt nicht als militärische Sicherheitsmaßnahme an. Doch sagte er auf der entscheidenden Planungssitzung der Ministerien voraus, daß sich das Reich binnen drei Monaten auflösen werde, sollte Deutschland Widerstand leisten.²¹ Die neue, wirtschaftsorientierte Reichsregierung unter dem Reedereichef Wilhelm Cuno nahm die Herausforderung ungeachtet der offensichtlichen Risiken an und erzwang eine Konfrontation. Am 11. Januar 1923 betraten französische Truppen das Ruhrgebiet. Ein Kräfteessen nahm seinen Anfang.

Die französischen Ministerien, die für die Planung der Operation verantwortlich waren, hatten es versäumt, ihre Arbeit zu koordinieren – ein Umstand, der für die Unorganisiertheit der französischen Staatsverwaltung auf Regierungsebene nur zu charakteristisch war. Die deutsche Regierung indes organisierte den „passiven Widerstand“ aufs Sorgfältigste. Die Behörden in Berlin legten jedes Merkmal dieses Widerstandes fest, vom passiven Widerstand der Einwohnerschaft bis zu Sabotageakten durch Wehrverbände; sie riefen sogar eine Propaganda-Kampagne ins Leben, die ihn als spontan darstellte. Diese Kampagne beschwor im unbesetzten Deutschland eine Welle des Nationalismus herauf und hinderte die Franzosen, aus der Besetzung Gewinn zu ziehen. Frankreich konnte der Belastung jedoch länger standhalten als Deutschland. Großbritannien und die Vereinigten Staaten griffen nicht ein, wie Cuno ursprünglich gehofft hatte, und die Finanzierung von neun Monaten Widerstand zerrüttete die deutsche Währung vollends. Im September 1923 sah sich ein neuer Kanzler, Gustav Stresemann, gezwungen, den passiven Widerstand aufzugeben, obwohl er keinesfalls auf diplomatische Bemühungen verzichtete, um den französischen Sieg zu untergraben.²²

Die nächsten Monate markierten den absoluten Tiefpunkt in den deutsch-französischen Beziehungen während der Weimarer Republik. Es war eine Zeit großer Verwirrung. In Sachsen und Bayern wie auch im Rheinland drohten separatistische Bewegun-

gen. Angesichts der unerlässlichen Notwendigkeit, eine neue Währung ins Leben zu rufen, sperrte Finanzminister Hans Luther allmählich den besetzten Gebieten die Finanzhilfe. Unvermeidlich würde dadurch die Bevölkerung des Rheinlands sich Frankreich zuwenden müssen. Innenminister Jarres machte den kühnen Vorschlag, offen mit den Besatzungsmächten zu brechen, auch wenn die westlichen Provinzen verlorengehen sollten; nach seiner Versackungstheorie würde das Reich dieses Gebiet später in einem ausgedehnten Krieg wiedergewinnen. Der vorsichtigere Stresemann versuchte, Zeit zu gewinnen. Anglo-amerikanischer Druck, so hoffte er, würde Frankreich zwingen, eine neue Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu akzeptieren, und würde dazu beitragen, eine „internationale“ Lösung für alle mit der Ruhrbesetzung zusammenhängenden Probleme zu finden.²³

Am Ende setzte sich Stresemann in beiden Fällen durch, zu Hause gegen Jarres, im Ausland gegen Poincaré. Sein Sieg markierte den eigentlichen Wendepunkt der Zwischenkriegsjahre. Den Franzosen gelang es nicht, sich jene Vorteile, die die Besetzung gebracht hatte, auf Dauer zu sichern. Poincaré konnte nie recht klar machen, was er wollte, und sein Spielraum erwies sich enger als erwartet. Trotz mancher Bemühungen der französischen Linken lehnte er Verhandlungen mit Stresemann ab, der den Widerstand offensichtlich nicht aufgegeben, sondern nur der Form nach geändert hatte. Er wagte aber auch nicht, den Ratschlägen Marschall Fochs und der Rechten zu folgen und damit Ruhrgebiet und Rheinland in eine Reparationsprovinz auf Dauer zu verwandeln, weil dies das Risiko eines Bruchs mit England bedeutete. In den besetzten Gebieten überredete General Degoutte zwar die Industriellen unter Druck, sich zu Lieferungen nach Vereinbarungen mit der MICUM (Mission interalliée de Contrôle des Usines et des Mines) zu verpflichten, doch solche Zahlungen in Sachwerten waren zu eng umgrenzt, um eine umfassende Lösung des Reparationsproblems darzustellen. Der geradezu zwanghaft legalistische Poincaré fühlte sich außerdem verpflichtet, die oberste Rechtsprechung in Entschädigungsfragen an die Reparationskommission zurückzugeben. Das hieß notwendig, sich mit dem anglo-amerikanischen Standpunkt abzufinden und die Ernennung eines Expertenkomitees zu billigen, das noch einmal die deutsche Zahlungsfähigkeit untersuchen sollte.

Unterdessen provozierte eine separatistische Splittergruppe, hinter der anti-französische belgische Nationalisten standen, einen Putsch in Aachen. Poincaré, den die Ereignisse anfänglich überraschten, wies die französischen Streitkräfte an, in ihrer Zone des Rheinlandes eine ähnliche Bewegung zu fördern. Trotzdem konnte er sich nicht entscheiden, ob er die radikalen Separatisten ernstnehmen sollte oder sie (wie Hochkommissar Tirard riet) benutzen sollte, um gemäßigte Autonomisten, wie den Kölner Oberbürgermeister Adenauer, dazu zu treiben, einen föderativen Status innerhalb des Reiches zu verlangen. Sein eigener Finanzminister, den Vorahnungen einer Krise in seinem Ressort plagten, stimmte gegen jede Lösung, die umfangreiche französische Finanzhilfe benötigte. Geschickt zogen Adenauer und seine Mitarbeiter die Angelegenheit in die Länge, in der Hoffnung, daß sich die Finanzen des Reiches erholen würden. Schließlich zauderte Poincaré, bis die Gelegenheit vorbei war. Die größte Bedrohung der deutschen Einheit seit Bismarck löste sich auf.²⁴

Im Januar 1924 überrollte eine Spekulationswelle den Franc. Für diese Bewegung an der Börse war die deutsche Regierung nicht verantwortlich, stand am Ende aber als ihr hauptsächlichster Nutznießer da. Die wenig stabile Kontinentalhegemonie, die Frankreich seit Versailles aufrechterhalten hatte, zerfiel nun rasch. Um ihre Währung zu retten, baten die Franzosen Wall Street um Hilfe. Die amerikanischen Bankiers stellten keine ausdrücklichen politischen Bedingungen für eine Anleihe, doch konnte Frankreich kaum eine unabhängige Politik im Ruhrgebiet verfolgen und zugleich mit ihrer dauernden Unterstützung rechnen. Das Expertenkomitee unter General Dawes gab einen Bericht heraus, der die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reichs anordnete und die Reparationen auf ein Maximum von jährlich 2,5 Milliarden Mark zurückschraubte. (Dies entsprach 3,3% des Volkseinkommens, als das Teilmoratorium 1929 auslief.) Dieser Betrag deckte nur einen geringen Teil der alliierten Kriegsverluste. Er war offensichtlich zu niedrig, um das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich auszugleichen. Außerdem stimmte das deutsche Kabinett in der vollen Absicht zu, binnen vier Jahren auf eine neuerliche Überprüfung zu drängen. Poincaré blieb indes kein Spielraum. Er bemängelte Einzelheiten, ging aber im Prinzip auf den Plan ein.

Die deutschen Wahlen im Mai 1924 zeugten von einer scharfen Rechts-Schwenkung, was die Unnachgiebigkeit im Berliner Kabinett noch verstärkte. Eine Woche später ging in Frankreich das Kartell der Linken siegreich aus den Wahlen hervor. Der ideenarme, unerfahrene Edouard Herriot löste Poincaré als Premierminister ab. Auf der Londoner Sommerkonferenz, die Einzelheiten über den Dawes-Plan aushandeln sollte, zeigte sich, daß Herriot dem deutschen Verhandlungsteam, bestehend aus Reichskanzler Marx, Stresemann und Luther, nicht gewachsen war. Dazu kam der Druck der Briten und der Bankiers. Herriot stimmte dem Abzug der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet binnen Jahresfrist zu. Die Befugnisse der Reparationskommission wurden beschnitten. Frankreich verpflichtete sich, einseitige Zwangsmaßnahmen nie wieder vorzunehmen. Und trotz der deutschen Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages mußte Frankreich anerkennen, daß die fünfzehnjährige Rheinlandbesatzungsfrist auszulaufen begonnen hatte. Diesen Sieg errangen die deutschen Delegierten unter Vermeidung wirtschaftlicher Zugeständnisse. Sie wichen einer Verpflichtung aus, Ruhrkohle zu französischen Bedingungen gegen lothringisches Eisenerz zu tauschen. Und sie verschoben Zolltarifverhandlungen, womit sie Deutschland die Freiheit beließen, sein wirtschaftliches Übergewicht auszuspielen, wenn 1925 erst einmal die Zollhoheit wiedererlangt wäre. Die Konferenz stellte das erste Treffen zwischen Gleichberechtigten seit Versailles dar. Sie sollte einen neuen Geist in Europa ins Leben rufen.²⁵ Während der nächsten fünf Jahre pflegte Stresemann diesen Geist geduldig, um Deutschlands Großmachtstellung zu erneuern. Wie aber die neu errungene Macht einzusetzen war, das sollten hauptsächlich seine Nachfolger bestimmen.

Für Stresemann hieß das Anfangsziel, die Entente aufbrechen und den Abzug der alliierten Truppen aus dem Rheinland beschleunigen, was neue Möglichkeiten im Osten eröffnen würde. 1922 hatte Kanzler Wirth gesagt: „Polen muß erledigt werden.“²⁶ Stresemann war weniger kategorisch – oder vielleicht nur weniger aufrichtig. Dem

früheren Kronprinzen legte er seine Absichten dar: die zehn oder zwölf Millionen Stammesgenossen zu beschützen, die außerhalb der Reichsgrenzen lebten; die Ostgrenzen durch die Wiedergewinnung von Danzig, dem Polnischen Korridor und von Oberschlesien zu korrigieren; und schließlich trotz der Probleme, die das mit sich bringen würde, den Anschluß Österreichs zu bewerkstelligen. Was Elsaß-Lothringen betraf, so gab er die Hoffnung nicht auf, es eines Tages wiederzubekommen, doch sah er ein, daß von der gegenwärtigen Generation die Revision im Westen nur auf friedliche Weise betrieben werden konnte.²⁷ Es gehörte zu Stresemanns Taktik, die Konfrontation zu vermeiden, und innerhalb des bestehenden diplomatischen Systems zu „finassieren“. Dementsprechend rief er auch Cunos Gedanken an einen Rheinlandpakt mit Frankreich wieder ins Leben, der die Ostbündnisse dieses Landes neutralisieren sollte. Da den Franzosen keine Hoffnung blieb, sich auf andere Weise abzusichern, nahmen sie jene Gespräche auf, die im Oktober 1925 in Locarno ihre Früchte tragen sollten.

Die meisten der dort versammelten Staatsmänner, die die Phantasie der Weltöffentlichkeit durch ihre vielbesprochene Friedensfahrt auf dem Lago Maggiore fesselten, begriffen, daß sie den Weg für territoriale Veränderungen im Osten frei machten. Die Verträge von Locarno beinhalteten eine beiderseitige Garantie der deutschen Westgrenzen und bestätigten die Entmilitarisierung des Rheinlandes, sahen im Osten aber nur eine schiedsrichterliche Regelung von Streitfällen vor. Sir Austen Chamberlain hatte seine Überzeugung kaum verborgen, daß Whitehall für den Polnischen Korridor „the bones of a British grenadier“ niemals riskieren werde.²⁸ Für die Briten lag der Hauptvorteil des Paktes darin, daß er die Franzosen nötigte, eine militärische Defensivstrategie zu verfolgen. Wenn Frankreich seinem polnischen Verbündeten zuerst zu Hilfe eilte, und wenn Deutschland dann Frankreich angriff, würde dies für England kein Garantiefall sein. Das britische Kabinett rechnete damit, daß die Franzosen die logische Folgerung ziehen und ihre Verpflichtungen gegenüber Polen beschränken würden. Dieses Land würde dann wie auch die Tschechoslowakei tiefer in den Bannkreis der deutschen Wirtschaft geraten. Kräfte würden in Bewegung gesetzt werden, die allmählich eine friedliche Revision im Osten erzwingen und dadurch den Kontinent stabilisieren würden.

Das deutsche und das britische Interesse an einer solchen Entwicklung lag auf der Hand. Doch warum sollten die Franzosen sie hinnehmen? Nach dem Ruhrdebakel kam die französische Führung zu der Überzeugung, man müsse diejenige Politik verfolgen, die Großbritanniens Interesse an der Sicherheit Frankreichs wachhielt – wie eng man das auch auslegen mochte. Unter der Belastung ständiger finanzieller Schwierigkeiten versuchte man verzweifelt, die Militärausgaben niedrig zu halten. Ein Alleingang war in Zukunft nicht mehr möglich. Das hochgelobte östliche Bündnissystem, das den Augen der Öffentlichkeit so gewaltig erschien, hatte wenig praktischen militärischen Wert. Außenminister Briand fühlte sich deshalb gezwungen, jene Kräfte innerhalb Deutschlands auf seine Seite zu ziehen, die vielleicht für den Frieden gewonnen werden konnten. Wenn der ehemalige Annexionspolitiker Stresemann nun einer Art von Versöhnung zugänglich schien, konnte man da nicht auf eine positive Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland hoffen? Die Appeasement-Politik war ein Glücksspiel mit

hohem Risiko. Die Alternativen erschienen indes noch düsterer.²⁹ Sieben Jahre lang hielt Briand durch, und erst gegen Ende dieser Zeit erwiesen sich seine Hoffnungen infolge der Entwicklung der deutschen Politik als Illusion.

Auf kurze Sicht förderte Locarno eine scheinbare Annäherung der beiden Nationen. Die Skeptiker in Berlin hatte Stresemann zu der Locarno-Idee überredet, indem er einen stetigen Fortschritt in Richtung auf die deutschen Ziele versprach. Sein erster Erfolg entstammte direkt den Locarno-Verträgen. Im Januar 1926 zogen die Alliierten ihre Truppen aus der Kölner Zone ab, die militärisch die wichtigste im Rheinland war, bestanden aber nicht mehr darauf, daß vorher die Entwaffnungsvorschriften des Versailler Vertrages erfüllt würden. Bald darauf wurde auch die Stärke der in den beiden übrigen Zonen stationierten Truppen reduziert. Die Interalliierte Militärkontrollkommission beendete ihre Arbeit im Januar 1927, obwohl die Bendlerstraße ihre noch ausstehenden Forderungen noch nicht befriedigt hatte. In der Zwischenzeit war Deutschland dem Völkerbund beigetreten und hatte nach einigem Streit einen dauernden Sitz im Rat erhalten. Danach trafen sich deutsche, französische und britische Vertreter regelmäßig zu informellen Gesprächen am Sitz des Völkerbunds, um europäische Angelegenheiten zu regeln. Der „Geist“ von Locarno ließ die Optimisten unter den Genfer Presseleuten überschwänglich werden. Auch Persönlichkeiten aus der literarischen Welt und dem Geschäftsleben auf beiden Ufern des Rheins kamen zu demonstrativem Dialog zusammen. Im geschäftlichen Bereich gab es ebenfalls greifbare Fortschritte. Im September 1926 einigten sich Schwerindustrielle beider Länder darauf, ein internationales Stahlkartell neu zu schaffen und zwar zu Bedingungen, die den deutschen Erzeugern den beherrschenden Marktanteil gewährten, wie es ihnen aufgrund ihrer leistungsfähigen Vertikalorganisation und ihrer fortschrittlichen Technologie zukam, die aber zugleich die französischen Stahlinteressen befriedigten, indem sie für ihre überschüssigen Halbzeuge Käufer jenseits des Rheins garantierten. Im August 1927 schließlich trafen amtliche Unterhändler ein endgültiges Zollabkommen, das die gegeneinander errichteten Handelschranken aufhob.³⁰

Tiefgreifende Veränderungen in der Haltung der regierenden Kreise von Berlin oder Paris spiegelten solche oberflächlichen Zeichen der Entspannung jedoch nicht wider. Stresemann stieß auf scharfe Kritik vorausplanender Militärs und redefreudiger Nationalisten, die ihm vorwarfen, daß die Deutschland abverlangten Opfer in keinem Verhältnis zu den Endergebnissen zu stehen schienen. Auch Briand gelang es nicht, die Zweifel seiner Kollegen zu zerstreuen, die sich um die Brüchigkeit der Weimarer Demokratie sorgten – und die die Beobachtung machten, daß jedes Zugeständnis den deutschen Appetit nur schärfte. Während die französischen Finanzen im September 1926 noch in einem chaotischen Zustand waren, liebäugelte Briand mit einer Politik hoher Risiken: auf seinem Treffen mit Stresemann in Thoiry ließ er die Bereitschaft erkennen, die Rheinlandbesetzung zu beenden, die Saar gegen Bezahlung zurückzugeben und Deutschland zu gestatten, Eupen-Malmédy von Belgien zurückzuerwerben. Die Gegenleistung: eine bescheidene Anzahl von Reparationsschuldverschreibungen sollte auf den offenen Markt kommen. Aber dieser Plan erwies sich aus einer Reihe von Gründen als unausführbar. Der Widerstand im eigenen Land zwang Briand, die Spuren dieser

peinlichen Angelegenheit zu vertuschen und verärgert zu verneinen, er habe Deutschland auch die Türme von Notre Dame verkaufen wollen. Der Zwischenfall ließ auf beiden Seiten Bitternis zurück. Die fortwährende Anwesenheit französischer Truppen auf deutschem Boden blieb auch weiterhin ein Hindernis im Wege der Verständigung.

Stresemann hegte die Hoffnung, daß andauernder Druck endlich die Räumung ohne Gegenleistung bringen werde. Briand jedoch, der ein feines Ohr für politische Schwingungen in der Kammer hatte, hielt es trotz seiner persönlichen Bereitschaft zu diesem Zugeständnis für notwendig, Widerstand zu leisten. 1927 glaubte in unterrichteten Pariser Kreisen kaum noch irgendjemand, daß ein paar stark reduzierte Divisionen in Mainz und Koblenz Frankreichs östlichen Verbündeten ernsthaften Schutz gewähren könnten. Beamte aus dem Quai d'Orsay gaben im Vertrauen zu, es wolle kein Franzose für Danzig sterben. Und wenn es auch unzweckmäßig war, Frankreichs Wendung nach innen von allen Dächern zu verkünden, gab doch der Oberste Kriegsrat einen deutlichen Beweis, daß seine Strategie immer mehr zur Defensive tendierte, indem er den Bau einer befestigten Sperre entlang der Nordostgrenze billigte.³¹ Immerhin hatte die Besetzung des Rheinlandes jetzt eine Hilfsfunktion angenommen. Sie stellte nicht nur während des Baus der Maginot-Linie vorübergehend einen Schutzschild gegen deutsche Vergeltung dar, sondern diente auch als Waffe, die in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten eingesetzt werden könnte. Nach der Unterredung in Thoiry klammerten sich französische Führungskreise noch fast zwei Jahre lang an die Illusion, sie könnten sich bei einer allgemeinen Schlußrechnung den Erlaß der Kriegsschulden und die Kommerzialisierung der Reparationsschulden an der Wall Street sichern – als indirekte Kompensation für den Abzug der Truppen.

Auf das Drängen des Reparationsagenten S. Parker Gilbert hin wurden Franzosen wie Deutsche um die Jahresmitte 1928 nüchterner. Premierminister Poincaré begriff, daß er zuerst die Ratifikation der Kriegsschuldenvereinbarungen durchsetzen mußte; erst danach würden die Vereinigten Staaten und möglicherweise auch Großbritannien den öffentlichen Verkauf von Reparationsschuldverschreibungen in Betracht ziehen. Stresemann und der damalige Kanzler, der Sozialist Hermann Müller-Franken, fanden sich damit ab, daß man eine substantielle und langfristige Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen eingehen müsse, um das Rheinland zu befreien. Im Herbst 1928 wurde ein stillschweigendes Abkommen getroffen. Eine neue Sachverständigenkommission unter dem Amerikaner Owen D. Young würde den Dawes-Plan überprüfen. Danach würden die Alliierten das Rheinland mehrere Jahre vor dem Vertragstermin räumen. Gilbert machte Stresemann klar, daß das Reich einer jährlichen Minimalverpflichtung von zwei Milliarden Mark würde nachkommen müssen, und die deutsche Regierung stimmte weiteren Verhandlungen zu.³² Trotzdem blieb die Verständigung brüchig. Sie setzte guten Willen in Berlin und die Fortdauer weltweiten Wohlstandes voraus. Weder die eine noch die andere dieser Voraussetzungen aber war gesichert.

Und in der Tat: als die Young-Kommission im Februar 1929 zusammentrat, ließ die deutsche Wirtschaftskonjunktur bereits nach. Die Zeitgenossen führten den Abschwung vor allem auf die Einstellung amerikanischer Kapalexporte zurück, für die man Spekulationen an der New Yorker Wertpapierbörse verantwortlich machte. Sie hofften,

eine endgültige Regelung der Reparationen werde den amerikanischen Geldhahn wieder öffnen. In der Rückschau wird klar, daß das Problem tiefer lag. Das erste Halbjahr 1929 registrierte wachsende Arbeitslosigkeit und eine steigende Zahl von Bankrotten im Reich. Der Abfluß deutschen Kapitals unterstrich den Niedergang inländischer Investitionsmöglichkeiten.³³ Zu alledem vermehrten politische Konflikte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kabinetts Müller. Die Parteien der Großen Koalition konnten kein Programm mehr vereinbaren. Die Spitzen der Schwerindustrie schrakten vor der Zusammenarbeit mit den Sozialisten zurück. Und die traditionellen Bürgerparteien waren in selbstzerstörerische Konflikte verwickelt und außerstande, ihre herkömmliche Wählerschaft angemessen zu repräsentieren. Opportunistische Koalitionen und unbefriedigende Kompromisse schienen für das Weimarer System charakteristisch zu sein. Das stieß zahlreiche Wähler ab, deren Neigung zum Nationalsozialismus oder zu anderen extremen Alternativen wuchs. Obwohl Kanzler Müller den Riß in seinem Kabinett vorübergehend kitten konnte, nahmen die Kräfte, die ein Jahr später zum faktischen Ende parlamentarischer Regierung führen sollten, unauffällig an Stärke zu.³⁴

Unter diesen Umständen vermochten Müller und Stresemann ihre eigenen Vertreterin der Young-Kommission nicht gänzlich unter Kontrolle zu halten. Der Leiter der deutschen Delegation, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, lehnte es ab, irgendwelche bereits vereinbarten Grundlagen für die Arbeit der Sachverständigen anzuerkennen. Anfänglich bot Schacht einen Jahressatz von nur 800 Millionen Mark an und wollte selbst diesen Betrag noch von der Rückgabe des Polnischen Korridors und der deutschen Kolonien abhängig machen. Vier Monate lang stritten die Sachverständigen miteinander. Endlich verkündeten sie einen Reparationsplan, der wie erwartet eine durchschnittliche Zahlung von etwas über zwei Milliarden Mark jährlich vorsah (2,6% des damaligen deutschen Volkseinkommens). Für Deutschland stellte der Young-Plan einen ausgesprochenen Erfolg dar, da nur 600 Millionen Mark, die hauptsächlich Frankreich zustanden, bedingungslos zu zahlen waren; der Rest der jährlichen Raten war implizit mit alliierten Leistungen an Amerika verknüpft und würde im Laufe der Zeit vermutlich weiter reduziert werden. Die deutsche Öffentlichkeit begriff jedoch nicht richtig, was man gewonnen hatte, und der deutschnationale Parteiführer Alfred Hugenberg, dem sich Schacht anschloss, führte im Herbst 1929 eine Hetzkampagne gegen die „Versklavung des deutschen Volkes“ durch.

Die Briten machten das Abkommen unterdessen beinahe zunichte, um sich einen etwas höheren Anteil an den Reparationen zu sichern. Die Regierung Hoover ihrerseits lehnte das Junktim zwischen Reparationen und Schulden ab und stellte klar, daß sie ihr Veto gegen den extensiven öffentlichen Verkauf von Reparationsschuldverschreibungen, auf den die Franzosen gehofft hatten, gebrauchen würde. Obwohl der Young-Plan auf der zweiten Haager Konferenz im Januar 1930 schließlich gebilligt wurde und die letzten französischen Truppen das Rheinland im Juni des Jahres verließen, war das Klima unheilbar vergiftet worden.³⁵

Als das Kabinett der Großen Koalition unter Müller-Franken Ende März 1930 stürzte, bezeichnete dies das Ende aller vernünftigen Erwartungen auf eine deutsch-französische Annäherung. Der neue Kanzler, Heinrich Brüning, überzeugter Monarchist und tradi-

tionsverhafteter Nationalist, verfolgte eine Außen- und Wirtschaftspolitik, die Konflikte mit Frankreich praktisch unvermeidlich machte. Brüning stellte sich auf den Standpunkt seines Auswärtigen Amtes, nämlich, daß Deutschland sich nach Osten und Südosten ausdehnen müsse, und verübelte es den Franzosen, daß sie diese Ambitionen durchkreuzten. Gleichzeitig griff Brüning zu schulmäßigen Deflationstechniken, um mit der Depression fertigzuwerden. Vor seiner schmalen von Mittelparteien unterstützten Koalition versuchte er, die notwendigen Opfer durch Erfolge in der Außenpolitik zu rechtfertigen. Seine Strategie schlug fehl. Als die NSDAP bei den Septemberwahlen 1930 erstaunliche Gewinne auf Kosten der gemäßigten Parteien verbuchte, schob Brüning den Alliierten die Schuld zu, weil sie ihm nicht mehr Zugeständnisse gemacht hätten. Doch die Wahlen entzogen Brüning nicht nur die Chance einer konstruktiven Parlamentsmehrheit und zwangen ihn endgültig, durch Notverordnungen zu regieren. Sie beunruhigten auch Investoren aus dem Ausland, die Gelder abzuziehen begannen. So sah sich Brüning gezwungen, weiter zu deflationieren. Jahrelang hatte der Generalagent S. Parker Gilbert die Behörden in Berlin davor gewarnt, im Ausland kurzfristige Anleihen wahllos aufzunehmen und diese im Inland langfristig anzulegen. Aber die deutsche Regierung hatte nicht auf ihn gehört: ihr lag daran, einen Kreis ausländischer Anleger zu schaffen, die darauf bestehen würden, daß die Rückzahlung privater Anleihen – ganz im Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages – Vorrang vor den Reparationen erhielt. Dieser Kunstgriff wirkte sich jetzt gegen das Reich aus.

Während des harten Depressionswinters von 1930/31 kamen erste Andeutungen von deutschen Diplomaten, daß sie bald wieder Entlastung von den Reparationen benötigen würden. Fachleute aus dem Finanzministerium rieten ab, dieses Thema anzuschneiden – sie wußten, daß die bescheidenen Zahlungen nach dem Young-Plan die Reichsfinanzen weniger gefährdeten als ein möglicher Abfluß kurzfristig angelegter Gelder –, doch die Politiker bestanden darauf. Im März enthüllten Deutschland und Österreich dann ihre Pläne zur Errichtung einer Zollunion. Sie sollte nach der Ansicht ihrer geistigen Väter in Deutschland einen ersten Schritt zum Anschluß und zur Schaffung einer Wirtschaftsunion im Donaubecken unter Vorherrschaft des Reichs darstellen. Die französische Regierung erhob scharfen Protest. Einige französische Anleger zogen Gelder aus Österreich ab, was den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt, der führenden Wiener Bank, mitverursachte. Die Auswirkungen des Schocks führten ihrerseits in Deutschland zur Aufhebung der Konvertibilität der Reichsmark in Gold und Devisen, in England zur Aufgabe des Goldstandards und im allgemeinen zu einer Verstärkung der Depression.³⁶

In dieser Krisensituation trugen Präsident Hoovers ungeschickte Bemühungen, die Interessen der amerikanischen Kurzkreditgeber zu schützen, noch dazu bei, das Unglück zur Katastrophe zu steigern. Hoover übergab die Proteste Frankreichs und erzwang die Annahme eines einjährigen Moratoriums für alle Kriegsschulden und Reparationszahlungen, den Pflichtteil der jährlichen Rate einbegriffen. In der Praxis bedeutete dies das Ende der Reparationen, die im Jahr darauf in Lausanne ein würdiges Begräbnis erhielten. Als das Moratorium auslief, bestand der amerikanische Kongreß allerdings darauf, daß die Alliierten die Zahlung der Kriegsschulden wieder aufnehmen sollten. Daß sie dies nicht taten, vertiefte die Isolierung der Vereinigten Staaten von den

Ereignissen in Europa nur noch mehr. Doch was Deutschland wirklich brauchte, war ein Konzept für die Neuordnung der privaten Schulden. Hoovers Feindseligkeit gegen Frankreich aber hinderte jede konzertierte internationale Aktion, dieses Ziel zu erreichen. Premierminister Laval bemühte sich noch, eine tragfähige Basis zur Zusammenarbeit mit Deutschland im Donaubecken und anderswo zu finden, aber Brüning wie Hoover verlangten mehr von ihm, als politisch durchsetzbar war. Als Laval im Oktober 1931 einen Besuch in Washington abstattete, forderten Hoover und Außenminister Stimson die Rückgabe des Polnischen Korridors an Deutschland. Laval gab zu, daß der Korridor eine „Monstrosität“ sei und verwies nur kleinmütig auf die praktischen Schwierigkeiten, Polen zu einer sofortigen Rückgabe zu bewegen. Doch Hoover war noch nicht besänftigt. Frankreich, so erklärte er, sei „rich, militaristic, and cocky“, und Stimson vertraute er an, er sähe „nothing in the future but a line-up between Germany, Britain, and possibly ourselves against France.“³⁷

In dieser Stimmung traten die Vereinigten Staaten nicht anders als Großbritannien für „Gleichberechtigung“ Deutschlands auf der Genfer Abrüstungskonferenz 1932/33 ein. In der Praxis hieß das, daß die englischsprachigen Mächte angesichts der sprunghaften Steigerungen in den militärischen Vorbereitungen der Reichswehr seit 1931 ein Auge zudrückten. Sie wiesen alle französischen Bemühungen zurück, Abrüstung und Sicherheit zu verknüpfen, und bestanden darauf, daß Frankreich seine Streitkräfte auf ein Niveau reduzierte, das Deutschland längst zu übertreffen plante. Die amerikanische Führung hielt das Gleichgewicht der Kräfte für unmoralisch; die britischen Staatsmänner erkannten gar nicht, wo das Gleichgewicht wirklich lag. Hitlers Übernahme des Reichskanzleramtes machte vorerst wenig Unterschied, zumindest für das Verhalten der Briten. Premierminister MacDonald drang weiterhin auf französische Abrüstung, bis Hitler die deutschen Vertreter im Oktober 1933 aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund zurückzog.³⁸

Kurz, Frankreich stand am Ende der Weimarer Republik bei der Formulierung sowie der Durchführung seiner Deutschlandpolitik vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Koalition der Sieger bestand nicht mehr. Während der Depression zogen sich die Vereinigten Staaten in tiefe Isolierung zurück – weit gründlicher als während des vorangegangenen Jahrzehnts. Auch Großbritannien versuchte, sich von den kontinentalen Konflikten freizumachen. Man gab dem engeren Zusammenschluß mit dem Commonwealth außerhalb Europas und dem haushälterischen Umgang mit den eigenen Kräften zugunsten einer wirtschaftlichen Verjüngungskur den Vorrang. Die britische Führung war willens, sich mit dem Wiederaufleben der deutschen Militärmacht zu arrangieren. In der Hoffnung, die deutschen Ansprüche zu beschwichtigen und die europäische Stabilität zu fördern, begrüßte man in London eine territoriale Revision im Osten. Eine genaue Vorstellung davon, wie das eine zum anderen führen sollte, entwickelte sich aber nie. Und in der Tat hat die erhoffte Kausalität auch nicht funktioniert. Bei allen Unterschieden in der Innenpolitik waren Brüning, v. Papen, v. Schleicher und Hitler gleichermaßen entschlossen, die noch verbleibenden Fesseln von Versailles abzuschütteln. Lebenswichtige Interessen Frankreichs waren dadurch unweigerlich bedroht. Doch das innerlich zerrissene Frankreich hatte jetzt weder mehr den

Willen noch die militärische Macht, allein gegen das Reich zu stehen. Vor dem großen Krieg hatte Frankreich eine Verwicklung in Streitigkeiten auf dem Balkan riskiert, um eine wirksame Allianz mit Rußland aufrechtzuerhalten. Wegen papierener Bündnisse mit den osteuropäischen Nachfolgestaaten würde man diese furchtbaren Gefahren indes nicht noch einmal auf sich nehmen. Mehr und mehr zog sich Frankreich in die militärische Defensive zurück, klammerte sich an den Schatten der britischen Entente und hoffte auf ein Wunder. Zu den Lebzeiten jener Generation sollte sich keines ereignen.

Übersetzung von U.-Ch. Pallach

ANMERKUNGEN

- 1 R. J. Sontag, *Germany and England, Background of Conflict 1848–1894*. New York 1938; G. Ritter, *Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898–1901*. Freiburg i. Br. 1929; ders., *Staatskunst und Kriegshandwerk*. München 1960. Bd. 2.
- 2 E. Weber, *Nationalist Revival in France 1905–1914*. Berkeley 1959; G. Zieburg, *Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914*. Berlin 1955; R. Poidevin, *Les Relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914*. Paris 1969; H. Contamine, *La Revanche*. Paris 1957.
- 3 F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht*. Düsseldorf 1961, S. 115–117.
- 4 Zu den französischen Zielen P. Renouvin, *Les Buts de guerre du gouvernement français 1914–1918*, in: RH, Bd. 235, 1966, S. 1–38; vgl. auch G. Soutou, *La France et les Marches de l'Est 1914–1919*, in: RH, Bd. 260, 1978, S. 341–388. Die öffentliche Meinung behandelt W. Kern, *Die Rheintheorie der historisch-politischen Literatur Frankreichs im ersten Weltkrieg*. Diss. Saarbrücken 1973.
- 5 K. Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden*. Düsseldorf 1971; A. Kaspi, *Le Temps des américains 1917–1918*. Paris 1976; H. Rudin, *Armistice 1918*. New Haven 1944; P. Renouvin, *L'Armistice de Rethondes*. Paris 1969.
- 6 Vergleichende Zahlenangaben bei E. L. Bogart, *Direct and Indirect Costs of the Great World War*. New York 1919, S. 283; siehe auch M. Huber, *La Population de la France pendant la guerre*. Paris 1932, und C. Dyer, *Population and Society in Twentieth-Century France*. New York 1978.
- 7 L. Loucheur, *Carnets secrets 1908–1932*. Brüssel 1962, S. 72.
- 8 A. Link, *Woodrow Wilson. Revolution, War, and Peace*. Arlington Heights/Ill. 1979; A. Walworth, *America's Moment*. 1918. New York 1977.
- 9 Siehe seine Bemerkungen auf dem Schiff nach Frankreich, in: Edith Benham Helm Diary, 3. Dezember 1918, Library of Congress.
- 10 Von den zahlreichen Studien zur territorialen Regelung siehe H. I. Nelson, *Land and Power. British and Allied Policy on Germany's Frontiers 1916–1919*. London 1963; D. R. Watson, *Georges Clemenceau*. New York 1974, und I. Floto, *Colonel House in Paris*. Aarhus 1973. Zum Separatismus siehe K. D. Erdmann, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*. Stuttgart 1966, und K. Reimer, *Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung 1918–1933*. Frankfurt a. M. 1979.
- 11 Clemenceau sagte später über Klotz: „Just my luck to get hold of the only Jew who can't count.“ Watson, S. 354. Siehe auch E. Clémentel, *La France et la politique économique interalliée*.

- Paris, 1931, S. 337–348, und P. Miquel, *La Paix de Versailles et l'opinion publique française*. Paris 1972, S. 437.
- 12 P. Krüger, *Deutschland und die Reparationen 1918–1919*. Stuttgart 1973; P. M. Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*. 2 Bde. New York 1940; E. Weill-Raynal, *Les Réparations allemandes et la France*. Paris 1947, Bd. 1.
- 13 Zur Empörung und den Berechnungen der Deutschen siehe besonders K. Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*. Berlin 1962. Die Beratungen des Reichskabinetts, in: *Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik*. Das Kabinett Scheidemann, hg. v. H. Schulze. Boppard 1971.
- 14 Siehe S. A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe*. Chapel Hill 1976, S. 3–29, 383–386; auch S. Marks, *The Myths of Reparations*, in: CEH, Bd. 11, 1978, S. 231–255.
- 15 J. Bariéty, *Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft als Alternative zum mißlungenen ‚Schwerindustriellen Projekt‘ des Versailler Vertrages*, in: H. Mommsen/D. Petzina/B. Weisbrod (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1974, S. 543–552.
- 16 Zahlen bei I. Svernilson, *Growth and Stagnation in the European Economy*. Genf 1954, S. 257–263.
- 17 P. Krüger, S. 134–137; G. Soutou, *Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920–1921*, in: VfZG, Bd. 23, 1975, S. 237–270.
- 18 E. Laubach, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921–1922*. Lübeck 1968, und D. Felix, *Walther Rathenau and the Weimar Republic*. Baltimore 1968, nehmen die Erfüllungspolitik zu sehr beim Wort.
- 19 „Aufzeichnung vom 27. April 1922 betreffend Internationales Eisenkartell“, BA, R 13 I/261 (Akten des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller). G. Feldman, *Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923*. Princeton 1977, S. 203, zitiert einen ähnlichen Ausspruch Jakob Haflachers von den Rheinischen Stahlwerken am 22. Februar 1921.
- 20 S. A. Schuker, *Finance and Foreign Policy in the Era of the German Inflation*, in: O. Büsch/G. Feldman (Hg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914–1924*. Berlin 1978, S. 343–361; siehe auch C.-L. Holtfrerich, *Internationale Verteilungsfolgen der deutschen Inflation 1918–1923*, in: *Kyklos*, Bd. 30, 1977, S. 271–292; ders., *Reichsbankpolitik 1918–1923 zwischen Zahlungsbilanz und Quantitätstheorie*, in: *ZS f. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 1977, H. 3, S. 193–214, und P.-C. Witt, *Reichsfinanzminister und Reichsfinanzverwaltung*, in: VfZG, Bd. 23, 1975, S. 1–61.
- 21 Zu den französischen Motiven siehe J. Bariéty, *Les Relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*. Paris 1977, S. 101–108; zu den finanziellen Schwierigkeiten Schuker, End, S. 31–46. Poincarés Feststellung auf der Planungssitzung am 27. November 1922 findet sich im Carton XXVI, *Papiers Alexandre Millerand, Ministère des Affaires Etrangères*, Paris.
- 22 J.-C. Favez, *Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923*. Bern 1969; L. Zimmermann, *Frankreichs Ruhrpolitik*. Göttingen 1971. P. Wentzcke, *Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*. 2 Bde. Berlin 1930–1932, ist nicht unparteiisch, aber immer noch nützlich. H. Meier-Welcker, *Seeckt*. Frankfurt a. M. 1967, S. 348–375, unterschätzt wohl die Rolle der Reichswehr im aktiven Widerstand.
- 23 Zu Erdmann ergänzend M.-O. Maxelon, *Stresemann und Frankreich 1914–1929*. Düsseldorf 1972, S. 113–163, und R. Thimme, *Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923–1925*. Lübeck 1961, S. 11–28.
- 24 Reimer, S. 267–377.

- 25 Schuker, End, S. 171–382.
- 26 H. Helbig, *Die Träger der Rapallo-Politik*. Göttingen 1958, S. 119.
- 27 Stresemann an Kronprinz Wilhelm, 7. September 1925, in dem mikroverfilmten Nachlaß, 3168/7318/159871 ff.; eine scharfsichtige Diskussion bei H. Gatzke, *Stresemann and the Rearmament of Germany*. Baltimore 1954, und G. Post, *The Civil-Military Fabric of Weimar Foreign Policy*. Princeton 1973.
- 28 Chamberlain an Lord Crewe, 16. Februar 1925, Box C/8, Marquess of Crewe Papers, Cambridge University Library.
- 29 Für die klassische Formulierung von Jules Laroche vom Außenministerium siehe Conseil Supérieur de la Défense Nationale, 1ère Section (Commission d'Etudes), *procès-verbal*, 3. September 1925, Service Historique de l'Armée, Vincennes.
- 30 J. Jacobson, *Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925–1929*. Princeton 1972; C. A. Wurm, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*. Frankfurt a. M. 1979; M. Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927*. München 1966; C. Kimmich, *Germany and the League of Nations*. Chicago 1976; M. Poulain, *Querelles d'Allemands entre locarnistes*. La Question d'Eupen-Malmédy, in: RH, Bd. 258, 1977, S. 393–439; F. L'Huillier, *Dialogues franco-allemands 1925–1933*. Strasbourg 1971.
- 31 P. E. Tournoux, *Défense des frontières*. Paris 1960, S. 78–127.
- 32 Gilbert Memorandum, 13. November 1929, Owen D. Young Papers, Van Hornesville, New York.
- 33 D. Keese, *Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936*, in: Conze, W./H. Raupach (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–1933*. Stuttgart 1967, S. 35–81; P. Temin, *The Beginning of the Depression in Germany*, in: EHR, Bd. 24, 1977, S. 240–248.
- 34 Zu den beachtenswerten Studien zur Auflösung des deutschen Parteiensystems gehören W. Conze, *Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929–1930*, in: HZ, Bd. 178, 1954, S. 47–83, und L. E. Jones, *'The Dying Middle'*. Weimar Germany and the Fragmentation of Bourgeois Politics, in: CEH, Bd. 5, 1972, S. 23–54.
- 35 M. Vogt (Hg.), *Die Entstehung des Youngplans*, dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933. Boppard 1970.
- 36 E. W. Bennett, *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis 1931*. Cambridge/Mass. 1962; K. E. Born, *Die deutsche Bankenkrise 1931*. Finanzen und Politik. München 1967; D. Doering, *Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung während der Weltwirtschaftskrise*, in: Mommsen/Petzina/Weisbrod, S. 514–530; K. Borchardt, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen 30er Jahre*, in diesem Band.
- 37 Henry L. Stimson Diary, 23.–25. Oktober 1931, Yale University Library.
- 38 E. W. Bennett, *German Rearmament and the West 1932–1933*. Princeton 1979.

BIBLIOGRAPHIE

Einen nützlichen Überblick bieten Poidevin, R./J. Bariéty, *Les Relations franco-allemandes 1815–1975*. Paris 1975. Zimmermann, L., *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*. Göttingen 1958, und Néré, J., *The Foreign Policy of France from 1914 to 1945*. London 1975, zeigen die sich ergänzenden nationalen Perspektiven. Von den allgemeinen Handbüchern bieten die maßgebliche Behandlung Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 1, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, Stuttgart 1973, und Erdmann, K. D., *Die Zeit der Weltkriege* (Gebhardt

- Hb. d. dt. Geschichte Bd. IV/1), Stuttgart 1973. Eine knappe Zusammenfassung zur Pariser Friedenskonferenz bei Czernin, F., Versailles 1919. New York 1965. Köhler, H., **Novemberrevolution und Frankreich**. Düsseldorf 1979, behandelt die Entwicklung der französischen Deutschlandpolitik. Schwabe, K., **Deutsche Revolution und Wilson-Frieden**. Düsseldorf 1971, stellt diese Politik in größere Zusammenhänge. Miquel, P., **La Paix de Versailles et l'opinion publique française**. Paris 1972, gibt einen Überblick über die Presse.

Zu den Standardmonographien über die erste Hälfte der Weimarer Republik gehören Bariéty, J., **Les Relations franco-allemandes après la première guerre mondiale**. Paris 1977, Boisvert, J.-J., **Les Relations franco-allemandes en 1920**. Québec 1977, Favez, J.-C., **Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923**. Bern 1969, Maier, C. S., **Recasting Bourgeois Europe**. Princeton 1975, und Schuker, S. A., **The End of French Predominance in Europe**. Chapel Hill 1976. Zimmermann, L., **Frankreichs Ruhrpolitik**. Göttingen 1971, ist solide dokumentiert, verrät aber noch die erregte Stimmung, die im zweiten Weltkrieg herrschte.

Maßgeblich für die Locarno-Periode Wurm, C. A., **Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926**. Frankfurt a. M. 1979. Siehe auch Jacobson, J., **Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925-1929**. Princeton 1972, und Maxelon, M.-O., **Stresemann und Frankreich 1914-1929**. Düsseldorf 1972. Versuche geistiger Annäherung verzeichnet L'Huilier, F., **Dialogues franco-allemands 1925-1933**. Strasbourg 1971. Zu den letzten Jahren der Republik die Beiträge von Bennett, E. W., **Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis 1931**. Cambridge/Mass. 1962, und **German Rearmament and the West 1932-1933**. Princeton 1979. Brüning, H., **Memoiren 1918-1934**. Stuttgart 1970, muß mit Vorsicht benutzt werden.

Zu den Reparationen immer noch die grundlegende Quelle Weill-Raynal, E., **Les Réparations allemandes et la France**. 3 Bde. Paris 1947. Gute Auskunft über kürzere Zeiträume geben Krüger, P., **Deutschland und die Reparationen 1918-1919**. Stuttgart 1973, und Helbich, W. J., **Die Reparationen in der Ära Brüning**. Berlin 1962.

Das beste Buch über die Rheinlandfrage bleibt Erdmann, K. D., **Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg**. Stuttgart 1966. Ergänzende Arbeiten u. a. Reimer, K., **Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung 1918-1933**. Frankfurt a. M. 1979, Bischof, E., **Rheinischer Separatismus 1918-1924**. Bern 1969, **Problèmes de la Rhénanie 1919-1930/ Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg**, hg. v. Centre de Recherches, Relations Internationales de l'Université de Metz. Metz 1975, King, J. C., **Foch versus Clemenceau**. Cambridge/Mass. 1960, McDougall, W., **France's Rhineland Diplomacy 1914-1924**. Princeton 1978, Morsey, R., **Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923**. Düsseldorf 1966, und die kontroverse Arbeit von Köhler, H., **Autonomiebewegung oder Separatismus**. Berlin 1974.

Deutsche Abrüstung und Wiederaufrüstung behandeln Salewski, M., **Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927**. München 1966, Gatzke, H., **Stresemann and the Rearmament of Germany**. Baltimore 1954, Carsten, F. L., **Reichswehr und Politik 1918-1933**. Köln 1964, Post, G., **The Civil-Military Fabric of Weimar Foreign Policy**. Princeton 1973, und Castellan, G., **Le Réarmement clandestin du Reich**. Paris 1954, Tournoux, P. E., **Défense des frontières**. Paris 1960, und Hughes, J. M., **To the Maginot Line**. Cambridge/Mass. 1971, diskutieren die militärischen Planungen Frankreichs.

2 Die Weimarer Republik /

Belagerte Civitas

Herausgegeben von
Michael Stürmer

Verlagsgruppe

Athenäum – Hain – Scriptor – Hanstein

DD

237

.W46

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Die Weimarer Republik: Belagerte Civitas /
hrsg. von Michael Stürmer. – Königstein/Ts.:
Verlagsgruppe Athenäum, Hain, Scriptor, Hanstein,
1980.

(Neue wissenschaftliche Bibliothek; 112:
Geschichte)

ISBN 3-445-02064-7 kart.

ISBN 3-445-12064-1 geb.

NE: Stürmer, Michael [Hrsg.]

© 1980 Verlag Anton Hain Meisenheim GmbH, Königstein/Ts.

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Buch oder Teile
daraus auf fotomechanischem Wege (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

Gesamtherstellung: Friedrich Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 3-445-02064-7 kart.

ISBN 3-445 12064-1 geb.